

## NACHRICHTEN

## SÜDOSTASIEN

**ASEAN –  
Wachstumsregion Nr. 1?**

Nach Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) haben die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer des asiatisch-pazifischen Raums 1988 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von ca. 8 % erzielt. Damit liege das Wachstum dieser Länder doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt, der nach den Angaben des UN-Jahresberichtes 1988 4 % beträgt. Während Afrika und Lateinamerika von einer schweren Wirtschaftskrise betroffen seien, habe in Asien insgesamt betrachtet mit einem Wachstum von 6,5 % relative Prosperität geherrscht. Mit Wachstumsraten von über 10% lägen Singapur und Thailand mit den „klassischen Schwellenländern“ Südkorea, Hongkong und Taiwan gleichauf, gefolgt von Malaysia mit rund 7%.

Allgemein wird aber in dem Bericht auch eine deutliche Verschlechterung der Handelsbilanz dieser Länder festgestellt, da ihr Importbedarf an Rohstoffen und Investitionsgütern steil angestiegen ist. An der Spitze liegen hier Thailand mit einem Importanstieg von 46 %, gefolgt von Singapur mit 31 % und Malaysia mit 30 %. Für 1989 prognostiziert ESCAP für die ASEAN-Staaten insgesamt ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 5,5 %.

Auffallend ist an der ESCAP-Analyse die krass unterschiedliche Bewertung von Singapur, Malaysia und Thailand einerseits, den Philippinen, aber auch Indonesien, andererseits. Daß wachsende Wirtschaftsdaten nichts über eine Verbesserung der sozialen Wirklichkeit aussagen, wird in dem ESCAP-Bericht nicht weiter thematisiert.

- Nachrichten für Außenhandel v. 9.1.89; MDA v. 29.12.88

**Vernichtung der  
tropischen Regenwälder  
schreitet fort**

In großen Teilen Südostasiens schreitet die Zerstörung der tropischen Regenwälder schneller voran als in anderen Teilen der Welt. Falls sie in diesem Maße weitergeht, rechnen Experten mit der fast vollständigen Ver-

nichtung etwa bis zum Jahr 2010, also im Lauf der nächsten zwanzig Jahre. In ganz Südostasien (ohne Papua-Neuguinea) gab es im Jahr 1900 rund 2,5 Millionen qkm tropischen Primärwaldes. Heute sind davon noch rund 600.000 qkm übrig geblieben. Der World Resources Report 1987 geht im einzelnen von folgenden Entwaldungsraten aus:

Regenwald in 1000 ha	Jährliche Zerstörung 1981-85
Indonesien	600
Malaysia	255
Thailand	244
Laos	100
Burma	102
Philippinen	91
Vietnam	60
Kambodscha	25
Papua-NG	22
Brunei	7

**ASEAN-Außenminister-  
konferenz in Brunei**

Am 21.1. 1989 tagten in Brunei die ASEAN-Außenminister. Im Zentrum stand die Kambodscha-Frage und hier besonders die Erweiterung der Teilnehmerländer am geplanten informellen Forum in Jakarta über die Lösung des Konfliktes. Thailand plädierte grundsätzlich für eine Einbeziehung der UdSSR und der VR Chinas in vollem Umfang. Indonesien zeigte sich dagegen reserviert und verlangte erst weitere Konsultationen. Als Grund für diese verbrämte Ablehnung vermuten Beobachter, daß jede Einbeziehung der Großmächte die hier besonders wichtige Rolle Indonesiens als eine Art Vermittler bei den Friedensanstrengungen deutlich reduzieren würde.

- vgl. FEER v. 2.2., S.8; MDA v. 23.1.89, S.7

**Neue asiatisch-  
pazifische Staatenorga-  
nisation?**

Australien und Thailand werben jetzt gemeinsam für die Bildung einer neuen asiatisch-pazifischen Regionalorganisation. Das ist das Ergebnis von Gesprächen, die der australische Premierminister Hawke Anfang Februar in Thailand führte. Auch Südkorea will die Initiative unterstützen. Thailands Premier Chatchai Choonhavan regte an, eine asiatisch-pazifische Konferenz im Anschluß an die alljährlich im Juni/Juli stattfindende ASEAN-

Außenministerkonferenz und dem damit verbundenen Dialogtreffen mit den Außenministern der USA, Kanadas, Japans, Australiens, Neuseelands und dem EG-Ratspräsidenten durchzuführen.

Ziel ist nach den Worten Hawkes die Schaffung einer Art OECD für Asien und den Pazifik mit der Hauptaufgabe der Vertretung gemeinsamer Positionen in künftigen GATT-Runden, auf der Grundlage gemeinsamer Analysen der weltwirtschaftlichen Entwicklung sowie ständiger Konsultation.

-vgl. HB v. 9.2.89

Es ist nicht möglich, tropische Primärwälder nachhaltig zu bewirtschaften, d.h., daß es bis heute nicht gelungen ist, sie wieder aufzuforsten, da ihr kompliziertes ökologisches System durch den Holzeinschlag und/oder die Brandrodung – um nur zwei der wichtigsten Ursachen zu nennen – unwiederbringlich vernichtet wird. Mit dem Wald zusammen werden schätzungsweise pro Jahr weltweit 10.000 Arten von Pflanzen und Tieren ausgerottet. Klimaveränderungen, insbesondere die Aufheizung der Erdatmosphäre insgesamt und Flutkatastrophen gehören zu den bedeutendsten unmittelbaren Folgen der Entwaldung. So wurden

die letzten großen Überschwemmungen in Thailand direkt hierauf zurückgeführt. Dort waren nach Regierungsangaben 1950 noch 66 % des Landes mit Regenwald bedeckt, 1988 noch etwa 19 %.

Anfang 1989 wurde als Konsequenz der Überschwemmungen vom November 1988 jeder weitere kommerzielle Holzeinschlag in Thailand von der Regierung verboten. Allerdings ist das Land bereits kein Nettoexporteur von Hölzern mehr wie noch alle anderen Länder der Region. Thailand „muß“ heute bereits große Mengen Holz importieren.

-vgl. FEER v. 12.1.89, S. 34-41

## SÜDOSTASIEN

## NACHRICHTEN

**UdSSR will Pazifik-Konferenz beitreten**

Die Sowjetunion unternimmt Anstrengungen, noch in diesem Jahr in die „Pacific Economic Cooperation Conference“ (PEEC) aufgenommen zu werden, der bisher 15 Länder aus Südost- und Ostasien, Ozeanien und Nordamerika angehören. Die UdSSR wird in ihren pazifischen Küstengebieten in der Nähe von Wladiwostok „Sonderwirtschaftszonen“ einrichten, die im wesentlichen Ansiedlungsbedingungen für Joint-Venture-Unternehmen bieten sollen, wie sie weltweit in den sogenannten „Exportproduktionszonen“ bestehen. Vom 1. April 1989 an können sowjetische Firmen selbstständig mit ausländischen Partnern Handel treiben. Südkorea und Japan sollen zur direkten Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Sonderzonen aufgefordert worden sein. Thailand hat bereits im letzten Oktober seine Unterstützung für die Aufnahme der UdSSR in die PEEC signalisiert.

-vgl. FEER v. 2.2.89, S.54

**Ausweitung der ADB-Aktivitäten ?**

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) soll ihre Kreditpolitik in zwei Richtungen ausweiten – zu diesem Schluß gelangt der Bericht eines internationalen Expertengremiums, der als Grundlage für die Formulierung von Leitlinien zur Arbeit der Bank in den neunziger Jahren dienen soll. Die traditionelle wachstumsorientierte Entwicklungsstrategie der ADB müsse vermehrt durch Investitionen in die „soziale Infrastruktur“ ergänzt werden und zwar insbesondere ins Erziehungs- und ins Gesundheitswesen, um „die Produktivität der ärmsten Bevölkerungsschichten zu heben“.

Finanziert werden soll diese Politik durch den Asian Development Fund, also der „Kasse“ für sogenannte weiche Kredite in Asien. Zugleich müsse die Privatwirtschaft verstärkt durch das Kreditprogramm der ADB gefördert werden. Dazu wird die Schaffung einer Asian Finance Corporation (AFC) angeregt, die ein Pendant zur International Finance Corporation der Weltbank speziell für die asiatische Region darstellen würde. Die nächste Jahresversammlung der ADB im Mai in Peking wird die praktische Umsetzung des Berichtes debattieren.

- vgl. NZZ v. 15.2.89

**31. November Welt-Aids-Tag**

Statistiken der Weltgesundheitsorganisation zeigen, daß die Anzahl registrierter AIDS-Fälle im Raum Asien-Pazifik seit 1986 um Dreiviertel gestiegen ist. Bislang sei das Ausmaß der tödlichen Krankheit bewußt oder unwissentlich unterschätzt worden. Thailand bspw., mit der höchsten Zahl an AIDS-Infizierten in Asien, hatte noch im Juli v.J. 929 HIV-Positive gemeldet, Mitte Januar 1989 waren es bereits 3.352, von denen 90% drogenabhängig sind, der überwiegende Teil der Infizierten lebt in Bangkok. Das enorme Wachstum ist aber nur z.T. auf vermehrte Testprogramme zurückzuführen. Regierungspolitik war es bis Oktober 1988 nämlich, das wahre Ausmaß der Verbreitung zu verharmlosen, um mögliche Touristen nicht abzuschrecken, seitdem sind die Zahlen bereinigt worden. Das thailändische Gesundheitsministerium hat nun eine Aufklärungskampagne gestartet, die in erster Linie auf Drogenabhängige in den Slums und Gefängnissen abzielt, allerdings weigert sich die Anti-Drogen-Behörde, Spritzbestecke für Drogenabhängige zu verteilen.

**Keine Sicherheit für burmesische Rückkehrer**

Mitte Januar beschuldigte Amnesty International die burmesische Regierung, mehrere der Rückkehrer aus Thailand gefoltert bzw. umgebracht zu haben. Chaowalit, Oberbefehlshaber der Streitkräfte Thailands, der für das Rückkehrer-Programm Wirtschaftskonzessionen eingeräumt hatte, war über die Meldung sehr erbost, denn immerhin habe er das Ehrenwort von Burmas Premier-, Verteidigungs- und Außenminister, General Saw Maung, daß Rückkehrer keine Repressionen zu fürchten hätten (vgl. Meldung der Thailand Nachrichten: Neue Ära in der Außenpolitik).

Bis Anfang Februar sind über 350 Burmesen von Thailand aus nach Rangun geflogen worden. Einige der Studenten, die seit dem Burma-Besuch Chaowalits wegen illegaler Einreise verhaftet wurden und sich im Rückkehrerlager in Tak aufhalten, weigern sich, nach Burma zurückzukehren, solange sich die Lage dort nicht geändert hat.

Die burmesischen Fischer an der Küste südlich von Rangun beklagen, daß ihre Fanggründe an thailändische Fischereifirmen verkauft wurden. Aufständische burmesische Rebellengruppen,

HIV-Infizierte bleiben in Thailand weitgehend sich selbst überlassen, verschiedentlich haben sich Krankenhäuser in Bangkok geweigert, HIV-Positive zu behandeln.

Auf den Philippinen ist in etwa 20 Fällen die Krankheit voll zum Ausbruch gekommen und beinahe 70% der 93 HIV-Positiven sind Prostituierte, die in der Umgebung der US-Basen arbeiten. Programme zur Prävention und Kontrolle scheitern an Finanzierungsproblemen der Regierung.

Ein hohes Infektionsrisiko tragen darüber hinaus bluterkranke Asiaten. Das Checken aller Blutkonserven ist aber zu kostspielig, um von allen Ländern der Region getragen zu werden, so werden allenfalls die finanzkräftigeren unter ihnen, Hongkong, Taiwan, Japan (mit 1065 Infizierten), Malaysia und Singapur (mit je 35 Infizierten) zu dieser Maßnahme des 'screening' schreiten.

Die Medical Association der ASEAN-Staaten prüft z.Zt. in einer Studie das unterschiedliche Erscheinungsbild der Virusinfektion. Während im Westen eine spezifische Lungenkrankheit und ein bestimmter Hautkrebstyp deutliche Indikatoren seien, würden AIDS-Kranke in der asia-

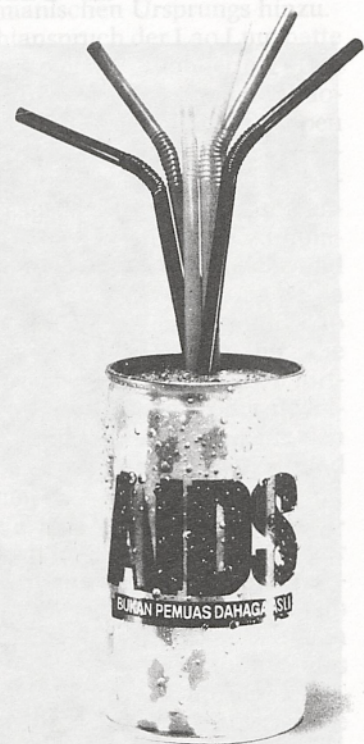
die Karen und Mon, haben ange droht, keine Transporte burmesischer Hölzer durch ihr Einflußgebiet nach Thailand passieren zu lassen.

-vgl. FEER v. 29.12.88, 12.1.89; BP v. 14., 21., 26.1., 8.2.89

**Menschenrechtsforum gegen Vorbeugehaft**

Am 3. und 4. März 1989 fand in Baguio City, Philippinen, ein Treffen von Rechtsanwälten, Richtern und Menschenrechtsaktivisten der ASEAN-Länder statt. Das Forum wurde vom Regionalrat für Menschenrechte in Asien (Regional Council on Human Rights in Asia) organisiert und hatte das Thema „Vorbeugehaft“. Nach Referaten von Rechtswissenschaftlern, Richtern und Politikern aus der Region und aus Großbritannien gelangte das Forum zu folgenden Ergebnissen:

1. Vorbeugehaft als Willkürakt widerspricht prinzipiell der Rechtsstaatlichkeit.
2. Vorbeugehaft hat sich in der Vergangenheit als für den weitesten Mißbrauch geeignet erwiesen.
3. Die Regierungen von Singapur, Malaysia, Brunei und Indonesien werden aufgefordert, alle Gefangenen, die unter Maßgabe eines Gesetzes zur Inneren Si-



aus: TEMPO v. 14.1.89

tischen Region verbreitete Infektionen wie z.B. eine nicht heilbare Tuberkulose aufweisen.

-vgl. BP v. 25.11.88, v. 19., 25.1.89; AW v. 3.2.89, S.48

cherheit (ISA), unter Ausnahmerecht oder anderweitig ohne Gerichtsverfahren inhaftiert sind, freizulassen.

4. Die philippinische Regierung wird aufgefordert, die Regelungen zum Kriegsrecht und die Militärgerichtsbarkeit über Vergehen, die von Militärangehörigen begangen wurden, aufzuheben.

5. Alle Regierungen der ASEAN-Staaten werden aufgefordert, Gesetze aufzuheben, die Vorbeugehaft vorsehen, die fundamentalen Menschenrechte zu gewähren, die internationalen Menschenrechtskonventionen zu unterzeichnen und alle ohne Gerichtsurteil festgehaltenen Menschen freizugeben.

6. Die Aufhebung jedes Systems von Vorbeugehaft ist Pflicht aller sich selbst respektierenden Rechtsanwältinnen und der gesamten Gemeinschaft.

7. Anwaltskammern, Rechtswissenschaftler und -anwender werden aufgefordert, diesen Appell zu unterstützen.

8. In medizinischen Berufen Arbeitende und entsprechende Organisationen werden aufgefordert, inhumane Behandlung von Gefangenen zu verurteilen und nicht an ihr mitzuwirken. Dieser Appell wurde einstimmig angenommen.

-vgl. Statement of the Asian Forum on Preventive Detention, 4.3. 1989